

# Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb



Landau in der Pfalz

## Sitzungsvorlage

860/310/2016

Amt/Abteilung: Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Datum: 07.09.2016	Aktenzeichen: 861		
An:	Datum der Beratung	Zuständigkeit	Abstimmungsergeb.
Stadtvorstand	12.09.2016	Vorberatung N	
Verwaltungsrat Entsorgungs- und Wirtschaftsbetrieb Landau	22.09.2016	Entscheidung N	
Stadtrat	27.09.2016	Entscheidung Ö	

### Betreff:

Jahresabschluss 2015 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts

### Beschlussvorschlag:

#### **I. Feststellung des Jahresabschlusses und Ergebnisverwendung und Entlastung des Vorstandes**

##### **1. Feststellung des Jahresabschlusses und Verwendung des Ergebnisses:**

Der Verwaltungsrat stellt gem. § 7 Abs. 2 Ziffer f der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau den geprüften Jahresabschluss des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau, Anstalt des öffentlichen Rechts zum 31.12.2015 wie folgt fest: Summe der Aktivseite und Passivseite der Bilanz mit 95.317.745,12 € und den Jahresgewinn mit 269.003,70 €, der sich aus den Abschlussergebnissen der Betriebszweige

Abwasserbeseitigung mit	502.139,92 €
Abfallentsorgung mit	-29.644,79 €
Bauhof mit	-154.047,01 €
Straßenreinigung mit	23.145,75 €
Service	847,92 €
Projektentwicklung Landesgartenschau mit	-73.438,09 €

zusammensetzt und beschließt die Verwendung der Abschlussergebnisse wie folgt:

Der Jahresüberschuss der Betriebszweige Abwasserbeseitigung, Service und Straßenreinigung wird der allgemeinen Rücklage zugeführt. Der Jahresfehlbetrag der Betriebszweige Abfallentsorgung und Bauhof wird mit der Allgemeinen Rücklage verrechnet.

Der Jahresfehlbetrag des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau wird dem Verlustvortragskonto zugewiesen.

##### **2. Entlastung des Vorstandes:**

**Der Verwaltungsrat beschließt gemäß § 7 Abs. 2 Ziffer h der Satzung die Entlastung des Vorstandes für das Wirtschaftsjahr 2015.**

- II. Der Rat der Stadt Landau stimmt dem Beschluss des Verwaltungsrates gem. § 7 Abs. 2 der Satzung des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebs Landau über die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung zu.**

**Begründung:**

Die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft Dornbach GmbH, Koblenz hat den Jahresabschluss 2015 des Entsorgungs- und Wirtschaftsbetriebes Landau geprüft. Im Prüfungsbericht erteilt die Wirtschaftsprüfungsgesellschaft den uneingeschränkten Prüfungsvermerk.

Für die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses und der Verwendung des Jahresergebnisses der Anstalt und der Entlastung des Vorstandes ist der Verwaltungsrat nach § 7 Absatz 2 Ziffer f und h der Anstaltssatzung zuständig. Allerdings steht der Beschluss über die Prüfung des Jahresabschlusses und der Ergebnisverwendung unter dem Vorbehalt der abschließenden Zustimmung des Stadtrates gemäß § 7 Absatz 2.

Das konsolidierte Abschlussergebnis 2015 liegt bei 269 T€ und somit 31 T€ unter dem Vorjahresergebnis. Durch die Betrachtung der einzelnen Betriebszweige werden die Unterschiede deutlich:

**Abwasserbeseitigung**

Der Wirtschaftsplan 2015 ging von einem negativen Jahresergebnis von 456 T€ aus.

Das Ergebnis konnte deutlich übertroffen werden und liegt auch um 153 T€ über dem Ergebnis des Vorjahres. Erhöht haben sich die Umsatzerlöse. Bedingt durch gestiegene Wasserentnahme um ca. 83 Tausend cbm erhöhten sich die Gebühreneinnahmen auf 6.526 T€. Demgegenüber gab es bei den Aufwendungen für Betriebsleistungen im gleichen Zeitraum keine Veränderungen gegenüber dem Vorjahr.

Die Verbesserung des Betriebsergebnisses beruht einzig auf den gestiegenen Umsatzerlösen und höheren sonstigen betrieblichen Erträgen. Das Finanzergebnis hat auf Grund sinkender Zinserlöse und einer sehr geringen Fremdkapitalfinanzierung keinen wesentlichen Einfluss auf das Jahresergebnis.

Der Gewinn liegt deutlich unterhalb des Mindestgewinns nach § 8 Absatz 3 des Kommunalabgabengesetzes, das eine angemessene Verzinsung des Eigenkapitals fordert. Als Mindestgewinn wären demnach 1.074 T€ zu erzielen.

Investitionen waren im Umfang von 3.153 T€ geplant. Tatsächlich wurden Investitionen in Höhe von 2.505 T€ realisiert.

**Abfallentsorgung**

Der Wirtschaftsplan 2015 ging von einem positiven Jahresergebnis von 26 T€ aus. Mit einem negativen Jahresergebnis konnte das geplante Ergebnis nicht erzielt werden.

Die betrieblichen Erträge nahmen um 257 T€ ab. Den erhöhten Gebühreneinnahmen durch die Zunahme der gebührenpflichtigen Abfallbehälter in Höhe von 95 T€ steht der Rückgang von übrige Erträgen in Höhe von 352 T€ gegenüber. Dies steht in Zusammenhang mit der Übertragung von Vermögen und Aufgaben und den damit verbundenen Erträgen auf den Betriebszweig Service. Die gesamten Aufwendungen insbesondere für Betriebsleistungen haben sich im Vergleich zum Vorjahr um 50 T€ reduziert. Auf Grund des entstandenen Verlustes im Jahr 2015 beim Zweckverband Abfallwertung Südwestpfalz (ZAS), den der EWL zu ca. 10% tragen muss, war eine Rückstellung in Höhe von 153 T€ zu bilden. Ohne diese Rückstellung wäre kein Verlust im Betriebszweig entstanden.

Die Sammlung von Papier, Pappe und Kartonagen (PPK) einschließlich der Vermarktung von Elektro- / Metallschrott im Rahmen des Betriebes gewerblicher Art (BgA) konnte durch ein positives Ergebnis von 32 T€ einen Deckungsbeitrag zur Entlastung der Gebühren liefern.

An Investitionen waren 858 T€ geplant. Realisiert wurden dagegen nur Investitionen von 201 T€. Im Wesentlichen war für die geringeren Ausgaben die zeitliche Verzögerung bei der Planung und der Ausführung des neuen Wertstoffhofes maßgeblich.

#### Bauhof

Der Wirtschaftsplan 2015 ging von einem positiven Jahresergebnis von 23 T€ aus.

Ein positives Jahresergebnis konnte nicht erzielt werden. Das negative Ergebnis liegt um 87 T€ unter dem des Vorjahres, trotz höherer Erträge. Die Ursache hierfür ist die erstmalige Bildung von Rückstellungen für Mehr- bzw. Überstunden in Höhe von 145 T€. Diese Mehrstunden haben sich in den letzten 4 Jahren im Wesentlichen aufgebaut und führten in den Vorjahren zu entsprechenden Erträgen und Gewinnen, die teilweise der allgemeinen Rücklage zugeführt wurden.

An Investitionen waren 383 T€ vorgesehen. Durch Verschiebung von Investitionen in das Folgejahr wurden lediglich 192 T€ realisiert.

Aufgrund der guten Ergebnisse in den Vorjahren, die zur Stärkung des Eigenkapitals (Allgemeine Rücklage) genutzt wurden, kann der Verlust ohne eine wesentliche Schwächung des Betriebszweiges, gegen die Rücklage verrechnet werden.

#### Straßenreinigung

Der Wirtschaftsplan 2015 ging von einem Verlust in Höhe von -52 T€ aus. Der Verlust ist nicht eingetreten. Zwar ist ein Verlust von 31 T€ beim Betriebsergebnis auszuweisen, allerdings wurde dies durch das positive Finanzergebnis von 54 T€ mehr als ausgeglichen.

Wesentliche Änderungen gab es durch die Einbeziehung der öffentlichen Abfallbehälter innerhalb der Fußgängerzone in die Straßenreinigung. Der Aufwand erhöhte sich hierdurch um ca. 74 T€. Allerdings stehen entsprechende Erträge durch erhöhte Gebühreneinnahmen in Höhe von 74 T€ den Ausgaben gegenüber.

Der Mindestgewinn nach § 8 KAG wird überschritten. An Investitionen waren 50 T€ vorgesehen. Realisiert wurden davon 38 T€ für die Beschaffung von öffentlichen Abfallsammelbehältern.

#### Service

Der Wirtschaftsplan 2015 ging von einem positiven Jahresergebnis in Höhe von 16 T€ aus. Das geplante Ergebnis wurde mit einem Gewinn von 1 T€ nicht ganz erreicht.

Durch die Neugründung des Betriebszweiges und dem Beginn der Tätigkeit zum 01.01.2015 ist ein Vergleich mit dem Vorjahr nicht möglich. Hintergrund für die Gründung des Betriebszweiges ist die Herstellung einer größeren Kostentransparenz und die Erbringung allgemeiner Dienstleistungen für die anderen Betriebszweige.

An Investitionen waren insgesamt 100 T€ vorgesehen. Davon wurden 36 T€ realisiert.

#### Projektentwicklung Landesgartenschau

Der Wirtschaftsplan 2015 ging von einem negativen Jahresergebnis in Höhe von 58 T€ aus. Das Jahresergebnis liegt etwas über den Planungswerten. Im Vergleich zum Vorjahr hat sich der Verlust um 9 T€ erhöht. Die Vermietung der Büroflächen im Gebäude Georg-Friedrich-Dentzel-Straße 1, das hauptsächlich an die Landesgartenschau gGmbH vermietet ist, verursacht im Wesentlichen diesen Verlust. Der Verlust soll dem Verlustvortrag zugewiesen.

Der geplante Verlustausgleich über den Verkauf des Gebäudes kann nicht realisiert werden, da nach Beschluss des Verwaltungsrates und des Stadtrates das Gebäude im Bestand des EWL gehalten werden soll. Das Gebäude wird dem Betriebszweig Service übertragen. Parallel werden entsprechend der Beschlusslage zum Abschluss des Betriebszweiges Projektentwicklung Landesgartenschau der Verlustvortrag und der Jahresverlust 2015 durch den Betriebszweig Service ausgeglichen.

An Investitionen waren insgesamt 448 T€ für Umbaumaßnahmen im Gebäude sowie der Erwerb von neunzehn Tiefgaragenstellplätzen vorgesehen. Davon wurden 422 T€ realisiert, im Wesentlichen für den Erwerb der bauordnungsrechtlich notwendigen Tiefgaragenstellplätze.

**Anlagen:**

Jahresabschlussbericht EWL 2015

**Beteiligtes Amt/Ämter:**

BGM

Schlusszeichnung:

